

MARIE HERBERGER

Menschenwürde  
in der Zwangsvollstreckung

*Jus Privatum*

256

---

**Mohr Siebeck**

JUS PRIVATUM  
Beiträge zum Privatrecht

Band 256





Marie Herberger

# Menschenwürde in der Zwangsvollstreckung

Zur Genese und teleologischen Strukturierung  
des Vollstreckungsschutzes

Mohr Siebeck

*Marie Herberger*, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität des Saarlandes; 2014 Erste Juristische Prüfung; Masterstudiengang Europäisches und Internationales Recht am Europa-Institut der Universität des Saarlandes; 2018 Promotion; 2020 Zweite Juristische Staatsprüfung; derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozessrecht der Universität Passau.  
orcid.org/0000-0002-1914-582X

Veröffentlicht mit finanzieller Unterstützung der Universität Passau und der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung.

ISBN 978-3-16-161207-7 / eISBN 978-3-16-161208-4  
DOI 10.1628/978-3-16-161208-4

ISSN 0940-9610 / eISSN 2568-8472 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Stempel Garamond gesetzt und dort auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt. Es wurde von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

*parentibus meis*



## Vorwort

*Wenn du von deinem Nebesten ein Kleid zum  
pfande nimpst / Soltu es jm widergeben / ehe  
die Sonne vntergehet / Denn sein Kleid ist sein  
einige decke seiner haut / darin er schlefft.*

(Aus: II. Buch Mose, Kapitel XXII, in der  
Übersetzung von Martin Luther, 1545)

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau als Habilitationsschrift angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis zum Sommer 2021 berücksichtigt werden.

Das Thema für die Untersuchung verdanke ich einer Anregung meines akademischen Lehrers Prof. Dr. Markus Würdinger. Das wissenschaftliche Gespräch mit ihm hat mich bei der Arbeit begleitet und ermuntert, in Richtungen zu denken, die sich mir vorher so noch nicht erschlossen hatten. Ich bin ihm für die jahrelange intensive Förderung außerordentlich dankbar. Herrn Prof. Dr. Raphael Koch, LL.M. (Cambridge), EMBA danke ich für das Zweitgutachten und die vielfältigen vertiefenden Hinweise. Beiden Gutachtern bin ich für die sehr zeitnahe Erstellung der Gutachten zu Dank verpflichtet. Danken möchte ich auch Prof. Dr. Thomas Riehm und Prof. Dr. Dennis Solomon, LL.M. (Berkeley), die mir als weitere Mitglieder meines Fachmentorats mit Rat und Tat zur Seite standen.

Beim Mohr Siebeck-Verlag bedanke ich mich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe „Jus Privatum“ und bei Frau Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab) für die Unterstützung bei der Veröffentlichung auf Seiten des Verlages. Der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung und der Universität Passau schulde ich Dank für die Druckkostenzuschüsse.

*Last but not least* sei meinen Eltern Marion und Maximilian gedankt, die mir mit Kost und Logis die Gelegenheit gegeben haben, meine Thesen zum Existenzminimum (*sit venia verbo*) in Ruhe auszuarbeiten. Obwohl sie auch diesmal – wie schon bei meiner Dissertation – nicht über Primärerfahrungen mit dem Thema verfügten, konnten sie sich doch letzten Endes immer für meine Überlegungen begeistern. Meiner Mutter bin ich für aufmunternde Worte in allen Lebenslagen und meinem Vater für viele Gespräche (nicht nur) rund um diese Arbeit zu Dank verbunden. Ihnen sei diese Arbeit gewidmet.





# Inhaltsübersicht

|  |     |
|--|-----|
| Vorwort . . . . .  | VII |
| Inhaltsverzeichnis . . . . .   | XI  |
| <br>   |     |
| Kapitel 1: Prolog . . . . .  | 1   |
| § 1: <i>Historischer Rückblick</i> . . . . .   | 1   |
| § 2: <i>Methodische Orientierung</i> . . . . .   | 4   |
| <br>   |     |
| Kapitel 2: Das Grundrecht auf Gewährleistung eines<br>mensenwürdigen Existenzminimums . . . . .                  | 7   |
| § 1: <i>Die Ausformung in der Rechtsprechung<br/>    des Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .                 | 7   |
| § 2: <i>Reichweite</i> . . . . .   | 9   |
| § 3: <i>Vorschläge zur dogmatischen Einordnung</i> . . . . .   | 12  |
| § 4: <i>Bereichsspezifische Konkretisierungen</i> . . . . .  | 14  |
| § 5: <i>Stellungnahme</i> . . . . .  | 18  |
| § 6: <i>Resümee</i> . . . . .  | 20  |
| <br>   |     |
| Kapitel 3: Parameter der Zwangsvollstreckung . . . . .   | 23  |
| § 1: <i>Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen</i> . . . . .  | 23  |
| § 2: <i>Die Rechtsverhältnisse innerhalb der Einzelzwangsvollstreckung</i> . .                                   | 33  |
| § 3: <i>Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Dasein in<br/>    unterschiedlichen Rechtsgebieten</i> . . . . . | 40  |
| § 4: <i>Funktion des Pfändungsschutzes</i> . . . . .   | 45  |
| § 5: <i>Rechtsmissbräuchliche Herbeiführung der Unpfändbarkeit</i> . . . . .                                     | 51  |
| <br>   |     |
| Kapitel 4: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in körperliche Sachen (§§ 808 ff. ZPO) . . . . .         | 53  |
| § 1: <i>Dogmatische Grundlagen</i> . . . . .   | 53  |
| § 2: <i>Analyse der relevanten Strukturfragen</i> . . . . .  | 118 |

|  |         |
|--|---------|
| Kapitel 5: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung beweglicher<br>körperlicher Sachen (§ 847 ZPO) . . . . . | 225     |
| § 1: Vollstreckungsschutz für den Vollstreckungsschuldner . . . . .  | 225     |
| § 2: Vollstreckungsschutz für den Drittschuldner . . . . .   | 229     |
| <br>Kapitel 6: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in Forderungen (§§ 828 ff. ZPO) . . . . .  | <br>231 |
| § 1: Dogmatische Grundlagen . . . . .  | 231     |
| § 2: Analyse der relevanten Strukturfragen . . . . .   | 234     |
| <br>Kapitel 7: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in andere Vermögensrechte (§ 857 ZPO) . . . . .  | <br>317 |
| § 1: Unmittelbare Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . .   | 318     |
| § 2: Analoge Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . .  | 319     |
| <br>Kapitel 8: Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe<br>von Sachen (§§ 883 ff. ZPO) . . . . .   | <br>323 |
| § 1: Unmittelbare Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . .   | 323     |
| § 2: Analoge Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . .  | 323     |
| <br>Kapitel 9: Generalklausel des § 765a ZPO . . . . .   | <br>327 |
| § 1: Dogmatische Grundlagen . . . . .  | 327     |
| § 2: Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .  | 331     |
| § 3: Anwendbarkeit von § 765a Abs. 2 ZPO im Rahmen von § 811<br>Abs. 1 ZPO . . . . .   | 334     |
| <br>Kapitel 10: Thesen . . . . .   | <br>339 |
| <br>Kapitel 11: Epilog . . . . .   | <br>347 |
| <br>Literaturverzeichnis . . . . .   | <br>353 |
| Stichwortregister . . . . .  | 389     |

# Inhaltsverzeichnis

|  |     |
|--|-----|
| Vorwort . . . . .  | VII |
| Inhaltsübersicht . . . . .   | IX  |
| <br>   |     |
| Kapitel 1: Prolog . . . . .  | 1   |
| § 1: <i>Historischer Rückblick</i> . . . . .   | 1   |
| § 2: <i>Methodische Orientierung</i> . . . . .   | 4   |
| <br>   |     |
| Kapitel 2: Das Grundrecht auf Gewährleistung eines<br>menschenswürdigen Existenzminimums . . . . . | 7   |
| § 1: <i>Die Ausformung in der Rechtsprechung<br/>des Bundesverfassungsgerichts</i> . . . . .       | 7   |
| § 2: <i>Reichweite</i> . . . . .   | 9   |
| A. Inhaltliche Facetten . . . . .  | 10  |
| B. Zukunftsperspektive . . . . .   | 12  |
| § 3: <i>Vorschläge zur dogmatischen Einordnung</i> . . . . .                                       | 12  |
| § 4: <i>Bereichsspezifische Konkretisierungen</i> . . . . .  | 14  |
| A. Sozialrecht . . . . .   | 14  |
| B. Steuerrecht . . . . .   | 15  |
| C. Unterhaltsrecht . . . . .   | 15  |
| D. Zwangsvollstreckungsrecht . . . . .   | 17  |
| § 5: <i>Stellungnahme</i> . . . . .  | 18  |
| A. Terminologische Bewertung . . . . .   | 18  |
| B. Dogmatische Einordnung . . . . .  | 19  |
| § 6: <i>Resümee</i> . . . . .  | 20  |

|  |    |
|--|----|
| Kapitel 3: Parameter der Zwangsvollstreckung . . . . .   | 23 |
| § 1: <i>Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen</i> . . . . .  | 23 |
| A. Grundrechtspositionen . . . . .   | 24 |
| I. Grundrechte des Schuldners . . . . .  | 24 |
| II. Grundrechte des Gläubigers . . . . .   | 26 |
| III. Grundrechte Dritter . . . . .   | 27 |
| IV. Auflösung der Grundrechtskollisionen . . . . .   | 29 |
| 1. Grundsatz der praktischen Konkordanz . . . . .  | 29 |
| 2. Absoluter Schutz des Grundrechts auf Gewährleistung eines<br>menschenwürdigen Daseins . . . . .           | 29 |
| a) Eingriff zu Lasten des Schuldners bzw. Dritter . . . . .  | 30 |
| b) Eingriff zu Lasten des Gläubigers . . . . .   | 30 |
| B. Gesamtstaatliche Interessen . . . . .   | 32 |
| § 2: <i>Die Rechtsverhältnisse innerhalb der Einzelzwangsvollstreckung</i> . . . . .                         | 33 |
| A. Beziehungen zwischen den Beteiligten . . . . .  | 33 |
| B. Rollen der Beteiligten . . . . .  | 33 |
| I. Schuldner und Gläubiger . . . . .   | 33 |
| II. Staat . . . . .  | 34 |
| C. Auswirkungen der Einzelzwangsvollstreckung auf die Begründung<br>von Rechtsverhältnissen . . . . .        | 35 |
| D. Gewährleistung des Grundrechts des Schuldners auf ein<br>menschenwürdiges Dasein . . . . .                | 35 |
| § 3: <i>Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Dasein in<br/>unterschiedlichen Rechtsgebieten</i> . . . . . | 40 |
| A. Zwangsvollstreckungsrecht und Sozialrecht . . . . .   | 40 |
| I. Unterschiede . . . . .  | 40 |
| II. Vergleichbarkeit . . . . .   | 41 |
| B. Zwangsvollstreckungsrecht und Steuerrecht . . . . .   | 43 |
| I. Unterschiede . . . . .  | 43 |
| II. Vergleichbarkeit . . . . .   | 44 |
| C. Resümee . . . . .   | 44 |
| § 4: <i>Funktion des Pfändungsschutzes</i> . . . . .   | 45 |
| A. Schutz des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Dasein . . . . .  | 47 |
| B. Schutz öffentlicher Interessen . . . . .  | 47 |
| C. Schutz des Schuldners aus sozialen Gründen im öffentlichen Interesse . . . . .                            | 49 |
| D. Schutz der Vertragsgerechtigkeit . . . . .  | 50 |
| E. Resümee . . . . .   | 51 |
| § 5: <i>Rechtsmissbräuchliche Herbeiführung der Unpfändbarkeit</i> . . . . .                                 | 51 |

|  |    |
|--|----|
| Kapitel 4: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in körperliche Sachen (§§ 808 ff. ZPO) . . . . . | 53 |
| § 1: Dogmatische Grundlagen . . . . .  | 53 |
| A. Methodische Parameter . . . . .   | 53 |
| I. Qualifikation als Ausnahmevorschriften . . . . .  | 53 |
| 1. Auslegungsmaximen . . . . .   | 54 |
| 2. Analogie . . . . .  | 55 |
| a) Analogiefähigkeit . . . . .   | 55 |
| b) Gesetzesvorbehalt . . . . .   | 56 |
| c) Analogievoraussetzungen . . . . .   | 57 |
| aa) Planwidrige Regelungslücke . . . . .   | 57 |
| bb) Vergleichbare Interessenlage . . . . .   | 60 |
| d) Resümee . . . . .   | 60 |
| II. Zeitgemäße Auslegung . . . . .   | 60 |
| B. Relevanter Beurteilungszeitpunkt für den Pfändungsschutz . . . . .                                    | 61 |
| I. Pfändbar-Werden nach der Pfändung . . . . .   | 61 |
| II. Unpfändbar-Werden nach der Pfändung . . . . .  | 63 |
| 1. Zeitpunkt der Pfändung . . . . .  | 63 |
| 2. Zeitpunkt der Entscheidung über einen Rechtsbehelf . . . . .  | 64 |
| 3. Stellungnahme . . . . .   | 65 |
| C. Reichweite . . . . .  | 66 |
| I. Vollstreckungsschutz für Angehörige . . . . .   | 66 |
| 1. Wortlaut . . . . .  | 67 |
| 2. Systematik . . . . .  | 67 |
| a) <i>Argumentum e contrario</i> zu § 811 Abs. 1 Nr. 1 Hs. 2–Nr. 4a,<br>Nr. 10–Nr. 12 ZPO a.F. . . . .   | 68 |
| b) Vergleich mit § 811 Abs. 1 Nr. 1 Hs. 2–Nr. 4a, Nr. 10–Nr. 12<br>ZPO a.F. . . . .                      | 68 |
| c) Die Gewahrsamsvermutung des § 739 ZPO . . . . .   | 69 |
| d) § 19 Abs. 1 SGB XII i.V.m § 27 Abs. 2 S. 2, S. 3 SGB XII . . . . .                                    | 69 |
| e) Einheit der Rechtsordnung . . . . .   | 70 |
| 3. Teleologie . . . . .  | 71 |
| a) <i>Ratio legis</i> des Vollstreckungsschutzes . . . . .   | 71 |
| b) Folgenbetrachtung . . . . .   | 72 |
| 4. Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .   | 73 |
| 5. Resümee . . . . .   | 74 |
| II. Vollstreckungsschutz für Haushaltsmitglieder . . . . .   | 74 |
| III. Vollstreckungsschutz für juristische Personen und<br>Personengesellschaften . . . . .               | 75 |
| 1. Auffassungen in Rechtsprechung und Literatur . . . . .  | 76 |
| 2. Stellungnahme . . . . .   | 77 |

|      |   |    |
|------|---|----|
| IV.  | Pfändungserschutz bei Vollstreckung aus Duldungstiteln . . . . .                            | 79 |
| 1.   | Wortlaut . . . . .  | 80 |
| 2.   | Systematik . . . . .  | 80 |
| a)   | Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen . . . . .   | 80 |
| b)   | Vergleich zur Herausgabevollstreckung . . . . .   | 81 |
| c)   | § 419 BGB a.F. . . . .  | 81 |
| 3.   | Telos . . . . .   | 82 |
| a)   | Ratio legis . . . . .   | 82 |
| b)   | Interessenlage . . . . .  | 82 |
| c)   | Folgenbetrachtung . . . . .   | 83 |
| 4.   | Resümee . . . . .   | 83 |
| D.   | Unmittelbarer Pfändungserschutz kraft Verfassung . . . . .                                  | 84 |
| E.   | Konnex zur Eigentumslage . . . . .  | 85 |
| I.   | § 811 Abs. 1 ZPO . . . . .  | 85 |
| 1.   | Wortlaut . . . . .  | 85 |
| 2.   | Entstehungsgeschichte . . . . .   | 85 |
| 3.   | Systematik . . . . .  | 86 |
| a)   | Formalisierung der Zwangsvollstreckung . . . . .  | 86 |
| b)   | Argument aus § 811 Abs. 2 ZPO . . . . .   | 86 |
| 4.   | Telos . . . . .   | 86 |
| 5.   | Resümee . . . . .   | 87 |
| II.  | § 811 Abs. 2 ZPO . . . . .  | 87 |
| 1.   | Entstehungskontext . . . . .  | 87 |
| 2.   | Stellungnahme . . . . .   | 90 |
| III. | § 811 Abs. 2 ZPO analog . . . . .   | 91 |
| 1.   | Entstehungskontext . . . . .  | 91 |
| 2.   | Stellungnahme . . . . .   | 92 |
| F.   | Austauschpfändung (§ 811a ZPO) . . . . .  | 92 |
| I.   | Historische Entwicklung . . . . .   | 93 |
| II.  | Voraussetzungen . . . . .   | 93 |
| 1.   | Pfändungsverbot nach § 811 Abs. 1 Nr. 1 lit. a), lit. b), Nr. 2<br>ZPO . . . . .            | 93 |
| a)   | Meinungen in Rechtsprechung und Literatur . . . . .   | 93 |
| b)   | Stellungnahme . . . . .   | 95 |
| 2.   | Ersatzleistung . . . . .  | 96 |
| a)   | Zurverfügungstellung eines Ersatzstücks . . . . .   | 97 |
| b)   | Überlassung des zur Beschaffung eines Ersatzstücks<br>erforderlichen Geldbetrages . . . . . | 97 |
| c)   | Geldbetrag aus Vollstreckungserlös . . . . .  | 98 |
| 3.   | Vorläufige Austauschpfändung (§ 811b ZPO) . . . . .   | 99 |
| III. | Resümee . . . . .   | 99 |

|   |     |
|---|-----|
| G. Verzicht auf Pfändungsschutz . . . . .                                       | 100 |
| I. Verzicht vor der Vollstreckungsmaßnahme . . . . .                            | 100 |
| 1. Systematik . . . . .   | 101 |
| a) Verfügungsbefugnis . . . . .   | 101 |
| b) Vergleich mit § 1229 BGB . . . . .   | 102 |
| 2. Telos . . . . .  | 103 |
| 3. Folgenbetrachtung . . . . .  | 104 |
| 4. Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .                                  | 105 |
| 5. Resümee . . . . .  | 107 |
| II. Verzicht während/nach der Vollstreckungsmaßnahme . . . . .                  | 107 |
| 1. Zulässigkeit . . . . .   | 107 |
| a) Wortlaut . . . . .   | 107 |
| b) Historie . . . . .   | 108 |
| c) Systematik . . . . .   | 108 |
| aa) Umkehrschluss zu § 49 Abs. 1 S. 1 MSchG . . . . .                           | 108 |
| bb) Vergleich mit §§ 113–116 UrhG . . . . .                                     | 109 |
| cc) Verfügungsbefugnis . . . . .  | 110 |
| d) Interessen des Schuldners . . . . .  | 111 |
| e) Verhalten des Schuldners . . . . .   | 112 |
| 2. Unzulässigkeit . . . . .   | 113 |
| a) Wortlaut . . . . .   | 113 |
| b) Historie . . . . .   | 114 |
| aa) § 58 der preußischen Geschäftsanweisung für<br>Gerichtsvollzieher . . . . . | 114 |
| bb) Entwurf einer Zivilprozeßordnung von 1931 . . . . .                         | 114 |
| c) Systematik . . . . .   | 115 |
| d) Telos . . . . .  | 115 |
| e) Folgenbetrachtung . . . . .  | 116 |
| f) Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .                                  | 117 |
| g) Resümee . . . . .  | 117 |
| III. Fazit . . . . .  | 118 |
| § 2: Analyse der relevanten Strukturfragen . . . . .                            | 118 |
| A. § 811 Abs. 1 ZPO . . . . .   | 118 |
| I. § 811 Abs. 1 Nr. 1 ZPO a. F. . . . .   | 118 |
| 1. § 811 Abs. 1 Nr. 1 Hs. 1 ZPO a. F. . . . .                                   | 118 |
| a) Normzweck . . . . .  | 119 |
| b) Anwendungsbereich . . . . .  | 119 |
| c) Reformbestrebungen . . . . .   | 120 |
| aa) Hausrat . . . . .   | 120 |
| bb) Der Verschuldung angemessen . . . . .                                       | 121 |
| d) Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 121 |



|      |  |     |
|------|--|-----|
| aa)  | Hausrat . . . . .  | 121 |
| bb)  | Der Verschuldung angemessen . . . . .  | 121 |
| e)   | Stellungnahme . . . . .  | 121 |
| aa)  | Persönlicher Schutzbereich . . . . .   | 121 |
| bb)  | Sachlicher Schutzbereich . . . . .   | 122 |
| (1)  | Hausrat . . . . .  | 122 |
| (2)  | Verschuldung angemessen . . . . .  | 123 |
| 2.   | § 811 Abs. 1 Nr. 1 Hs. 2 ZPO a. F. . . . .                                     | 124 |
| a)   | Normzweck . . . . .  | 124 |
| aa)  | Grundrechtliche Herleitung . . . . .   | 124 |
| bb)  | Vergleich mit Herausgabevollstreckung und<br>Immobilienvollstreckung . . . . . | 125 |
| (1)  | Vollstreckungsschutz durch § 765a ZPO . . . . .                                | 125 |
| (2)  | § 765a ZPO bei drohender Obdachlosigkeit . . . . .                             | 126 |
| b)   | Stellungnahme . . . . .  | 127 |
| II.  | § 811 Abs. 1 Nr. 2 ZPO a. F. . . . .   | 128 |
| 1.   | Normzweck . . . . .  | 128 |
| 2.   | Reformbestrebungen . . . . .   | 128 |
| a)   | Persönlicher Schutzbereich . . . . .   | 128 |
| b)   | Sachlicher Schutzbereich . . . . .   | 128 |
| c)   | Zeitliche Beschränkung . . . . .   | 128 |
| 3.   | Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 129 |
| a)   | Persönlicher Schutzbereich . . . . .   | 129 |
| b)   | Sachlicher Schutzbereich . . . . .   | 129 |
| c)   | Zeitliche Beschränkung . . . . .   | 129 |
| 4.   | Stellungnahme . . . . .  | 130 |
| a)   | Persönlicher Schutzbereich . . . . .   | 130 |
| b)   | Sachlicher Schutzbereich . . . . .   | 130 |
| aa)  | Beleuchtungsmittel . . . . .   | 130 |
| bb)  | Feuerungsmittel . . . . .  | 130 |
| c)   | Zeitliche Beschränkung . . . . .   | 131 |
| d)   | Surrogate . . . . .  | 131 |
| III. | § 811 Abs. 1 Nr. 3 ZPO a. F. . . . .   | 132 |
| 1.   | Normzweck . . . . .  | 132 |
| 2.   | Reformbestrebungen . . . . .   | 132 |
| a)   | Persönlicher Schutzbereich . . . . .   | 132 |
| b)   | Sachlicher Schutzbereich . . . . .   | 133 |
| c)   | Zeitliche Beschränkung . . . . .   | 133 |
| 3.   | Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 133 |
| a)   | Persönlicher Schutzbereich . . . . .   | 133 |
| b)   | Sachlicher Schutzbereich . . . . .   | 133 |
| c)   | Zeitliche Beschränkung . . . . .   | 133 |

|       |  |     |
|-------|--|-----|
| 4.    | Stellungnahme . . . . .  | 133 |
|       | a) Persönlicher Schutzbereich . . . . .  | 133 |
|       | b) Sachlicher Schutzbereich . . . . .  | 134 |
|       | c) Zeitliche Beschränkung . . . . .  | 135 |
|       | d) Surrogate . . . . .   | 135 |
| IV.   | § 811 Abs. 1 Nr. 4 ZPO a.F. . . . .  | 136 |
|       | 1. Normzweck . . . . .   | 136 |
|       | a) Versorgungsinteresse der Allgemeinheit . . . . .  | 136 |
|       | b) Sicherung der Arbeitsmöglichkeit . . . . .  | 137 |
|       | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 138 |
|       | 3. Aktuelle Rechtslage . . . . .   | 138 |
|       | 4. Stellungnahme . . . . .   | 138 |
| V.    | § 811 Abs. 1 Nr. 4a ZPO a.F. . . . .   | 139 |
|       | 1. Normzweck . . . . .   | 139 |
|       | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 139 |
|       | 3. Aktuelle Rechtslage . . . . .   | 139 |
|       | 4. Stellungnahme . . . . .   | 139 |
| VI.   | § 811 Abs. 1 Nr. 5 ZPO a.F. . . . .  | 140 |
|       | 1. Normzweck . . . . .   | 140 |
|       | 2. Anwendungsbereich . . . . .   | 141 |
|       | 3. Reformbestrebungen . . . . .  | 142 |
|       | 4. Aktuelle Rechtslage . . . . .   | 142 |
|       | 5. Stellungnahme . . . . .   | 142 |
|       | a) § 811 Abs. 1 Nr. 4 ZPO a.F. . . . .   | 142 |
|       | b) § 811 Abs. 1 Nr. 5 ZPO a.F. . . . .   | 143 |
|       | c) § 811 Abs. 1 Nr. 6 ZPO a.F. . . . .   | 146 |
|       | aa) Normzweck . . . . .  | 146 |
|       | bb) Anwendungsbereich . . . . .  | 146 |
|       | (1) § 46 GewO als Hintergrund . . . . .  | 146 |
|       | (2) Erstreckung auf Witwer und überlebende<br>Lebenspartner . . . . .                        | 147 |
|       | (3) Erstreckung auf volljährige Erben . . . . .  | 148 |
|       | (4) Wegfall der personenbezogenen Beschränkung . . . . .                                     | 148 |
|       | (5) Anwendbarkeit auf erlaubnispflichtige und<br>nicht-erlaubnispflichtige Gewerbe . . . . . | 149 |
|       | d) § 811 Abs. 1 Nr. 7 ZPO a.F. . . . .   | 150 |
|       | e) Resümee . . . . .   | 152 |
| VII.  | § 811 Abs. 1 Nr. 6 ZPO a.F. . . . .  | 152 |
| VIII. | § 811 Abs. 1 Nr. 7 ZPO a.F. . . . .  | 153 |
| IX.   | § 811 Abs. 1 Nr. 8 ZPO a.F. . . . .  | 153 |
|       | 1. Normzweck . . . . .   | 154 |
|       | 2. Anwendungsbereich . . . . .   | 154 |

|       |   |     |
|-------|---|-----|
|       | 3. Reformbestrebungen . . . . .   | 154 |
|       | 4. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 155 |
|       | 5. Stellungnahme . . . . .  | 156 |
| X.    | § 811 Abs. 1 Nr. 9 ZPO a.F. . . . .   | 157 |
|       | 1. Normzweck . . . . .  | 157 |
|       | a) Schutz vor Veräußerung durch Unkundige . . . . .                                   | 157 |
|       | b) Gesundheitsschutz für die Allgemeinheit . . . . .                                  | 158 |
|       | c) Doppelzweck . . . . .  | 159 |
|       | d) Menschenwürdiges Dasein . . . . .  | 159 |
|       | e) Resümee . . . . .  | 161 |
|       | 2. Reformbestrebungen . . . . .   | 161 |
|       | 3. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 162 |
|       | 4. Stellungnahme . . . . .  | 162 |
| XI.   | § 811 Abs. 1 Nr. 10 ZPO a.F. . . . .  | 162 |
|       | 1. Normzweck . . . . .  | 163 |
|       | 2. Anwendungsbereich . . . . .  | 163 |
|       | 3. Reformbestrebungen . . . . .   | 164 |
|       | 4. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 164 |
|       | 5. Stellungnahme . . . . .  | 165 |
| XII.  | § 811 Abs. 1 Nr. 10a ZPO i. d.F. vom 01.12.2021 bis zum<br>31.12.2021 . . . . .       | 166 |
|       | 1. Normzweck . . . . .  | 166 |
|       | 2. Anwendungsbereich . . . . .  | 166 |
|       | a) § 811 Abs. 1 Nr. 10 ZPO i. d.F. bis zum 30.11.2021 . . . . .                       | 166 |
|       | b) § 811 Abs. 1 Nr. 10a ZPO i. d.F. ab dem 01.12.2021 bis<br>zum 31.12.2021 . . . . . | 168 |
|       | 3. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 168 |
|       | 4. Stellungnahme . . . . .  | 169 |
| XIII. | § 811 Abs. 1 Nr. 11 ZPO a.F. . . . .  | 170 |
|       | 1. Normzweck . . . . .  | 170 |
|       | a) § 811 Abs. 1 Nr. 11 Var. 1 ZPO a.F. . . . .  | 171 |
|       | aa) Haushaltsbücher . . . . .   | 171 |
|       | bb) Geschäftsbücher . . . . .   | 171 |
|       | cc) Resümee . . . . .   | 172 |
|       | b) § 811 Abs. 1 Nr. 11 Var. 2 ZPO a.F. . . . .  | 172 |
|       | 2. Anwendungsbereich . . . . .  | 173 |
|       | a) Haushalts- und Geschäftsbücher . . . . .   | 173 |
|       | b) Familienpapiere . . . . .  | 174 |
|       | c) Trauringe . . . . .  | 175 |
|       | d) Orden und Ehrenzeichen . . . . .   | 177 |
|       | aa) Staatliche vs. private Auszeichnungen . . . . .                                   | 178 |
|       | bb) Duplikate . . . . .   | 179 |

|   |     |
|---|-----|
| 3. Reformbestrebungen . . . . .   | 179 |
| 4. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 179 |
| 5. Stellungnahme . . . . .  | 180 |
| a) § 811 Abs. 1 Nr. 11 Var. 1 ZPO a. F. . . . .   | 180 |
| aa) Geschäftsbücher . . . . .   | 180 |
| bb) Haushaltungsbücher . . . . .  | 180 |
| b) § 811 Abs. 1 Nr. 11 Var. 2 ZPO a. F. . . . .   | 181 |
| XIV. § 811 Abs. 1 Nr. 12 ZPO a. F. . . . .  | 183 |
| 1. Methodische Parameter . . . . .  | 184 |
| 2. Normzweck . . . . .  | 184 |
| 3. Anwendungsbereich . . . . .  | 184 |
| a) Wortlaut . . . . .   | 185 |
| aa) Hilfsmittel . . . . .   | 185 |
| bb) Bestimmungszweck . . . . .  | 186 |
| cc) Resümee . . . . .   | 186 |
| b) Entstehungsgeschichte . . . . .  | 186 |
| c) Systematik . . . . .   | 187 |
| aa) § 811 Abs. 1 Nr. 5 ZPO a. F. . . . .  | 187 |
| bb) § 811a ZPO a. F. . . . .  | 187 |
| cc) Sozialrecht . . . . .   | 188 |
| (1) SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe von<br>Menschen mit Behinderungen),<br>Behindertengleichstellungsgesetz . . . . . | 188 |
| (2) §§ 9 Abs. 1, 27a Abs. 1 S. 2, 90 Abs. 3 S. 1 SGB XII . . . . .  | 188 |
| (3) §§ 113 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 7, 114 SGB IX i. V. m.<br>§ 83 SGB IX . . . . .   | 189 |
| (4) Resümee . . . . .   | 189 |
| dd) Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit<br>Behinderungen . . . . .   | 190 |
| ee) Resümee . . . . .   | 190 |
| d) Telos . . . . .  | 190 |
| aa) Ratio legis . . . . .   | 190 |
| bb) Interessenabwägung . . . . .  | 192 |
| cc) Resümee . . . . .   | 193 |
| 4. Reformbestrebungen . . . . .   | 193 |
| 5. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 193 |
| 6. Stellungnahme . . . . .  | 193 |
| XV. § 811 Abs. 1 Nr. 13 ZPO a. F. . . . .   | 194 |
| 1. Normzweck . . . . .  | 195 |
| a) Schutz der Totenruhe . . . . .   | 195 |
| b) Schutz vor Störung der Bestattungshandlung . . . . .   | 196 |
| c) Schutz des Pietätsgefühls . . . . .  | 196 |
| d) Resümee . . . . .  | 197 |

|   |     |
|---|-----|
| 2. Anwendungsbereich . . . . .  | 197 |
| a) Wortlaut . . . . .   | 197 |
| aa) Unmittelbarkeitskriterium . . . . .   | 198 |
| bb) Vorgang des Bestattens . . . . .  | 199 |
| cc) Resümee . . . . .   | 200 |
| b) Systematik . . . . .   | 201 |
| aa) § 10 Abs. 5 Nr. 3 S. 1 ErbStG . . . . .   | 201 |
| bb) § 844 Abs. 1 BGB . . . . .  | 201 |
| cc) § 1968 BGB . . . . .  | 201 |
| dd) § 324 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .   | 202 |
| ee) § 74 SGB XII . . . . .  | 202 |
| ff) Ausnahmevorschrift . . . . .  | 203 |
| gg) Resümee . . . . .   | 203 |
| c) Telos . . . . .  | 204 |
| aa) Ratio legis . . . . .   | 204 |
| bb) Folgenbetrachtung . . . . .   | 206 |
| cc) Resümee . . . . .   | 207 |
| d) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .  | 207 |
| aa) Schutz des Verstorbenen . . . . .   | 207 |
| bb) Schutz des Schuldners . . . . .   | 208 |
| cc) Resümee . . . . .   | 208 |
| e) Pfändungsschutz durch Veräußerungsverbot . . . . .                               | 209 |
| f) Vollstreckung durch Steinmetz . . . . .  | 210 |
| aa) Vergleichende Betrachtung hinsichtlich der<br>Herausgabevollstreckung . . . . . | 210 |
| bb) Stellungnahme . . . . .   | 210 |
| g) Analogie . . . . .   | 211 |
| h) Übergesetzlicher Pfändungsschutz . . . . .                                       | 211 |
| 3. Reformbestrebungen . . . . .   | 213 |
| 4. Aktuelle Rechtslage . . . . .  | 213 |
| 5. Stellungnahme . . . . .  | 213 |
| B. § 811c ZPO a. F. . . . .   | 214 |
| I. Entstehungskontext . . . . .   | 214 |
| II. Normzweck . . . . .   | 215 |
| 1. Tierschutz . . . . .   | 215 |
| 2. Affektionsinteresse . . . . .  | 217 |
| 3. Tierschutz und Affektionsinteresse . . . . .                                     | 219 |
| 4. Resümee . . . . .  | 219 |
| III. Anwendungsbereich . . . . .  | 219 |
| IV. Aktuelle Rechtslage . . . . .   | 221 |
| V. Stellungnahme . . . . .  | 221 |
| VI. Wertgrenze . . . . .  | 222 |

|  |         |
|--|---------|
| Kapitel 5: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung beweglicher<br>körperlicher Sachen (§ 847 ZPO) . . . . . | 225     |
| § 1: Vollstreckungsschutz für den Vollstreckungsschuldner . . . . .  | 225     |
| A. Systematik . . . . .  | 225     |
| I. § 847 Abs. 2 ZPO . . . . .  | 226     |
| II. Umkehrschluss zu § 851 Abs. 2 ZPO . . . . .  | 226     |
| III. Herausgabevollstreckung (§§ 883 ff. ZPO) . . . . .  | 227     |
| B. Teleologie . . . . .  | 227     |
| I. Ratio legis . . . . .   | 227     |
| II. Folgenbetrachtung . . . . .  | 228     |
| C. Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .   | 228     |
| D. Resümee . . . . .   | 229     |
| § 2: Vollstreckungsschutz für den Drittschuldner . . . . .   | 229     |
| A. Vergleich mit der Anfechtungssituation . . . . .  | 229     |
| B. Verfahren der Vollstreckung nach § 847 ZPO . . . . .  | 230     |
| C. Resümee . . . . .   | 230     |
| <br>Kapitel 6: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen<br>in Forderungen (§§ 828 ff. ZPO) . . . . .  | <br>231 |
| § 1: Dogmatische Grundlagen . . . . .  | 231     |
| A. Verzicht auf Pfändungsschutz . . . . .  | 231     |
| I. Öffentliche Interessen . . . . .  | 231     |
| II. Fehlende Verfügungsbefugnis . . . . .  | 232     |
| III. Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .   | 232     |
| IV. Resümee . . . . .  | 233     |
| B. Herkunft des Einkommens . . . . .   | 233     |
| § 2: Analyse der relevanten Strukturfragen . . . . .   | 234     |
| A. Methodische Parameter . . . . .   | 234     |
| B. Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen (§ 850 ZPO) . . . . .  | 234     |
| C. Unpfändbare Bezüge (§ 850a ZPO) . . . . .   | 235     |
| I. § 850a Nr. 1 ZPO . . . . .  | 236     |
| 1. Normzweck . . . . .   | 236     |
| 2. Anwendungsbereich . . . . .   | 236     |
| 3. Reformbestrebungen . . . . .  | 237     |
| 4. Stellungnahme . . . . .   | 238     |
| II. § 850a Nr. 2 ZPO . . . . .   | 239     |
| 1. Anwendungsbereich . . . . .   | 239     |

|      |  |     |
|------|--|-----|
|      | a) Urlaubsgelder . . . . .   | 239 |
|      | b) Zuwendungen aus Anlass eines besonderen Betriebsereignisses . . . . . | 240 |
|      | c) Treugelder . . . . .  | 240 |
|      | 2. Normzweck . . . . .   | 240 |
|      | a) Urlaubsgelder . . . . .   | 240 |
|      | b) Zuwendungen aus Anlass eines besonderen Betriebsereignisses . . . . . | 241 |
|      | c) Treugelder . . . . .  | 241 |
|      | 3. Reformbestrebungen . . . . .  | 242 |
|      | 4. Stellungnahme . . . . .   | 242 |
| III. | § 850a Nr. 3 ZPO . . . . .   | 243 |
|      | 1. Normzweck . . . . .   | 244 |
|      | a) Aufwandsentschädigungen . . . . .                                     | 244 |
|      | b) Soziale Zulagen für auswärtige Beschäftigten . . . . .                | 244 |
|      | c) Entgelt für selbstgestelltes Arbeitsmaterial . . . . .                | 245 |
|      | d) Gefahren-, Schmutz- sowie Erschwerniszulagen . . . . .                | 245 |
|      | aa) Schmutzzulagen . . . . .   | 245 |
|      | bb) Gefahren- und Erschwerniszulagen . . . . .                           | 245 |
|      | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 247 |
|      | 3. Stellungnahme . . . . .   | 247 |
| IV.  | § 850a Nr. 4 ZPO . . . . .   | 248 |
|      | 1. Normzweck . . . . .   | 248 |
|      | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 249 |
|      | 3. Stellungnahme . . . . .   | 249 |
| V.   | § 850a Nr. 5 ZPO . . . . .   | 250 |
|      | 1. Normzweck . . . . .   | 250 |
|      | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 251 |
|      | 3. Stellungnahme . . . . .   | 251 |
| VI.  | § 850a Nr. 6 ZPO . . . . .   | 252 |
|      | 1. Normzweck . . . . .   | 252 |
|      | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 252 |
|      | 3. Stellungnahme . . . . .   | 252 |
| VII. | § 850a Nr. 7 ZPO . . . . .   | 253 |
|      | 1. Normzweck . . . . .   | 253 |
|      | a) Sterbebezüge . . . . .  | 253 |
|      | b) Gnadenbezüge . . . . .  | 254 |
|      | 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 255 |
|      | 3. Stellungnahme . . . . .   | 255 |
|      | a) Sterbebezüge . . . . .  | 255 |
|      | b) Gnadenbezüge . . . . .  | 256 |

|  |     |
|--|-----|
| VIII. § 850a Nr. 8 ZPO . . . . .   | 257 |
| 1. Normzweck . . . . .   | 257 |
| 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 257 |
| 3. Stellungnahme . . . . .   | 258 |
| D. Bedingt pfändbare Bezüge (§ 850b ZPO) . . . . .                                     | 259 |
| I. § 850b Abs. 1 Nr. 1 ZPO . . . . .   | 259 |
| 1. Normzweck . . . . .   | 259 |
| 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 260 |
| 3. Stellungnahme . . . . .   | 260 |
| II. § 850b Abs. 1 Nr. 2 ZPO . . . . .  | 261 |
| 1. Normzweck . . . . .   | 261 |
| 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 261 |
| 3. Stellungnahme . . . . .   | 261 |
| III. § 850b Abs. 1 Nr. 3 ZPO . . . . .   | 261 |
| 1. Normzweck . . . . .   | 262 |
| 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 262 |
| 3. Stellungnahme . . . . .   | 262 |
| IV. § 850b Abs. 1 Nr. 4 ZPO . . . . .  | 262 |
| 1. Normzweck . . . . .   | 262 |
| a) Unterstützungsleistungen . . . . .  | 263 |
| b) Kleinlebensversicherung auf den Todesfall . . . . .                                 | 263 |
| 2. Reformbestrebungen . . . . .  | 263 |
| 3. Stellungnahme . . . . .   | 264 |
| V. § 850b Abs. 2 ZPO . . . . .   | 264 |
| E. Pfändungsgrenzen für Arbeitseinkommen (§ 850c ZPO) . . . . .                        | 265 |
| I. Pfandfreie Grundbeträge (§ 850c Abs. 1 ZPO) . . . . .                               | 265 |
| II. Pfandfreie Mehrbeträge (§ 850c Abs. 3 ZPO) . . . . .                               | 267 |
| 1. Normzweck . . . . .   | 267 |
| 2. Quantifizierung . . . . .   | 268 |
| a) Unterhaltsgewährung . . . . .   | 268 |
| aa) Normzweck . . . . .  | 268 |
| bb) Reformbestrebungen . . . . .   | 269 |
| cc) Stellungnahme . . . . .  | 269 |
| b) Höchstbetrag . . . . .  | 269 |
| aa) Normzweck . . . . .  | 270 |
| bb) Reformbestrebungen . . . . .   | 270 |
| cc) Stellungnahme . . . . .  | 270 |
| F. Pfändbarkeit bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen<br>(§ 850d ZPO) . . . . . | 271 |
| I. Normzweck . . . . .   | 271 |
| II. Reformbestrebungen . . . . .   | 272 |
| III. Stellungnahme . . . . .   | 272 |



|   |     |
|---|-----|
| G. Härteklausele (§ 850f Abs.1 ZPO) . . . . .   | 273 |
| I. Normzweck . . . . .  | 273 |
| 1. Sozialleistungssätze . . . . .   | 273 |
| 2. Besondere Bedürfnisse des Schuldners . . . . .   | 277 |
| 3. Gesetzliche Unterhaltspflichten . . . . .  | 277 |
| II. Anwendungsbereich . . . . .   | 277 |
| 1. Antragsersfordernis . . . . .  | 277 |
| 2. Überwiegende Belange des Gläubigers . . . . .  | 279 |
| III. Rechtsfolge . . . . .  | 279 |
| 1. Dem Grunde nach . . . . .  | 279 |
| 2. Der Höhe nach . . . . .  | 281 |
| IV. Reformbestrebungen . . . . .  | 281 |
| V. Stellungnahme . . . . .  | 281 |
| H. Pfändbarkeit bei Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter<br>Handlung (§ 850f Abs.2 ZPO) . . . . . | 282 |
| I. Normzweck . . . . .  | 282 |
| II. Reformbestrebungen . . . . .  | 283 |
| III. Stellungnahme . . . . .  | 283 |
| I. Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte (§ 850i ZPO) . . . . .  | 284 |
| I. Normzweck . . . . .  | 285 |
| II. Anwendungsbereich . . . . .   | 285 |
| 1. Nebentätigkeit in der Freizeit . . . . .   | 285 |
| 2. Miet- und Pachteinahmen . . . . .  | 286 |
| 3. Schenkungen . . . . .  | 286 |
| 4. Antragsersfordernis . . . . .  | 288 |
| 5. Überwiegende Belange des Gläubigers . . . . .  | 289 |
| III. Rechtsfolgen . . . . .   | 289 |
| IV. Reformbestrebungen . . . . .  | 290 |
| V. Stellungnahme . . . . .  | 291 |
| J. Pfändungsschutzkonto (§ 850k ZPO) . . . . .  | 292 |
| I. Normzweck . . . . .  | 293 |
| II. Anwendungsbereich . . . . .   | 293 |
| 1. Personell . . . . .  | 293 |
| 2. Art der Einkünfte . . . . .  | 294 |
| 3. Ansparschutz . . . . .   | 294 |
| a) § 850k Abs.1 S.3 ZPO i. d. F. bis zum 30.11.2021 . . . . .   | 294 |
| aa) Wortlaut . . . . .  | 295 |
| bb) Wille des Gesetzgebers . . . . .  | 295 |
| cc) Telos . . . . .   | 296 |
| dd) Folgenbetrachtung . . . . .   | 297 |
| ee) Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .   | 297 |
| ff) Resümee . . . . .   | 298 |

|  |     |
|--|-----|
| b) § 899 Abs. 2 ZPO i. d. F. ab dem 01.12.2021 . . . . .   | 298 |
| 4. Debitorische Konten . . . . .   | 299 |
| III. Rechtsfolge . . . . .   | 300 |
| 1. Grundsätzlich pfändungsfreier Betrag . . . . .  | 300 |
| 2. Abweichender pfändungsfreier Betrag . . . . .   | 301 |
| K. Pfändungsschutz für Landwirte (§ 851a ZPO) . . . . .  | 301 |
| I. Normzweck . . . . .   | 301 |
| II. Reformvorschlag . . . . .  | 302 |
| III. Stellungnahme . . . . .   | 302 |
| L. Pfändungsschutz bei Miet- und Pachtzinsen (§ 851b ZPO) . . . . .  | 303 |
| M. Pfändungsschutz bei Altersrenten und steuerlich gefördertem<br>Altersvorsorgevermögen (§§ 851c, 851d ZPO) . . . . . | 303 |
| I. Normzweck . . . . .   | 304 |
| II. Anwendungsbereich . . . . .  | 304 |
| 1. § 851c ZPO . . . . .  | 304 |
| a) Voraussetzungen des Pfändungsschutzes . . . . .   | 305 |
| b) Reichweite des Pfändungsschutzes . . . . .  | 306 |
| aa) Auszahlungsphase . . . . .   | 306 |
| bb) Ansparphase . . . . .  | 306 |
| cc) Erwerbsphase . . . . .   | 307 |
| 2. § 851d ZPO . . . . .  | 310 |
| III. Rechtsfolge . . . . .   | 310 |
| IV. Stellungnahme . . . . .  | 311 |
| N. Beschränkt pfändbare Forderungen (§ 852 ZPO) . . . . .  | 313 |
| I. Normzweck . . . . .   | 313 |
| II. Stellungnahme . . . . .  | 313 |

## Kapitel 7: Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in andere Vermögensrechte (§ 857 ZPO) . . . . . 317

§ 1: Unmittelbare Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . . 318

§ 2: Analoge Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . . 319

A. Planwidrige Regelungslücke . . . . . 319

B. Vergleichbare Interessenlage . . . . . 321

C. Resümee . . . . . 321

## Kapitel 8: Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen (§§ 883 ff. ZPO) . . . . . 323

§ 1: Unmittelbare Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . . 323

§ 2: Analoge Anwendung von § 811 Abs. 1 ZPO . . . . . 323

|  |         |
|--|---------|
| A. Planwidrige Regelungslücke . . . . .  | 324     |
| B. Vergleichbare Interessenlage . . . . .  | 324     |
| C. Resümee . . . . .   | 326     |
| <br>Kapitel 9: Generalklausel des § 765a ZPO . . . . .   | <br>327 |
| § 1: <i>Dogmatische Grundlagen</i> . . . . .   | 327     |
| A. Historische Entwicklung . . . . .   | 327     |
| B. Qualifikation als Ausnahmvorschrift . . . . .   | 327     |
| C. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen . . . . .   | 328     |
| D. Verzicht . . . . .  | 329     |
| I. Wortlaut . . . . .  | 329     |
| II. Systematik . . . . .   | 329     |
| III. Telos . . . . .   | 330     |
| IV. Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .  | 330     |
| V. Resümee . . . . .   | 331     |
| § 2: <i>Tatbestandsvoraussetzungen</i> . . . . .   | 331     |
| A. Antragserfordernis . . . . .  | 331     |
| B. Sittenwidrige Härte . . . . .   | 332     |
| I. Auffassungen in Rechtsprechung und Literatur . . . . .  | 332     |
| II. Stellungnahme . . . . .  | 333     |
| § 3: <i>Anwendbarkeit von § 765a Abs. 2 ZPO im Rahmen von § 811</i><br><i>Abs. 1 ZPO</i> . . . . . | <br>334 |
| A. Kenntlichmachung durch Pfandsiegel oder in sonstiger Weise . . . . .                            | 334     |
| B. Wegschaffung der Sachen . . . . .   | 334     |
| C. Resümee . . . . .   | 337     |
| <br>Kapitel 10: Thesen . . . . .   | <br>339 |
| <br>Kapitel 11: Epilog . . . . .   | <br>347 |
| <br>Literaturverzeichnis . . . . .   | <br>353 |
| Stichwortregister . . . . .  | 389     |

## Kapitel 1

### Prolog

#### § 1: Historischer Rückblick

„Billige Nachsicht“ gegen den Schuldner in der Zwangsvollstreckung zu üben, war die Absicht des Gesetzgebers, als er 1877 in § 715 CPO Pfändungsverbote vorsah.<sup>1</sup> Im Topos „billige Nachsicht“ schimmert ein Motiv durch, das schon früher als Begründung für die Gewährung von Schuldnerschutz genannt wurde. In einem königlich-preußischen Reglement vom 19.04.1787 ist zu lesen:

„Es erfordert sowohl die Pflicht, als das eigene Interesse der Landschaft, daß sie denjenigen Schuldnern, welche nicht durch schlechte Wirthschaft, sondern durch andere von einer höheren Hand herrührende Unglücksfälle, in das Unvermögen, ihre Interessen von einem und dem andern Termin prompt anzuführen, gesetzt werden, eine billige Nachsicht dazu verstatte.“<sup>2</sup>

Es handelt sich dabei ersichtlich um eine von hoher Hand gewährte Gnade, die zudem an ein untadeliges Vorverhalten des Schuldners geknüpft ist. Schuldner konnten zwar von solchen Regelungen profitieren, sie wurden aber nicht um ihrer selbst willen geschützt.

Als der CPO-Gesetzgeber sich noch in alter Diktion auf „billige Nachsicht“ berief, konkurrierte diese Sicht aber schon mit anderen Begründungsansätzen. Einer davon zielte darauf ab, „das Existenz- oder richtiger vielleicht Wirthschaftsminimum“ als maßgeblichen Zweck zu bestimmen.<sup>3</sup>

Ein weiterer Schutzgedanke taucht in etwa zeitgleich mit der Einführung der CPO in unerwarteter Umgebung auf. In der Posse „Klein Geld“ soll eine Zwangsvollstreckung in einem kleinen Geschäft durchgeführt werden. Die anwesende Geschäftsfrau hält dem Executor und seinen Dienstmännern entgegen: „Sie lachen, die Barbaren lachen, wenn ein heroisches Weib von Menschenwür-

---

<sup>1</sup> *Hahn*, Die gesammten Materialien zur Civilprozeßordnung und dem Einföhrungsgesetz zu derselben vom 30. Januar 1877, <sup>2</sup>1881, S. 453. Der Topos „billige Nachsicht“ hat weit zurückreichende philosophische Wurzeln. Diese zeichnet *Rott*, Zeitschrift für philosophische Forschung 54 (2000), 23 ff. ausgehend von Aristoteles über Thomas von Aquin bis in die Neuzeit nach und versucht, diesen Ansatz für die Interpretation fruchtbar zu machen.

<sup>2</sup> *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium Praecipue Marchicarum, Oder Neue Sammlung Königl. Preuß. und Churfürstl. Brandenburgischer, sonderlich in der Chur- und Marck-Brandenburg, publicirten und ergangenen Verordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten*, Berlin 1791, No. 46, S. 1061.

<sup>3</sup> *Jäger*, Die Agrarfrage der Gegenwart, 1888, S. 18.

de spricht!“ Das beeindruckt den Executor aber nicht sonderlich. Er kündigt sein baldiges Wiederkommen an und verabschiedet sich ironisch mit den Worten: „Adieu, heroisches Weib mit der Menschenwürde.“<sup>4</sup> Ein solcher Dialog auf der Bühne beweist zumindest eines: Die Berufung auf die Menschenwürde angesichts einer drohenden Zwangsvollstreckung war im Alltag angekommen.

Dass in der Zwangsvollstreckung das Existenzminimum des Schuldners unantastbar sein soll, damit er ein „menschenwürdiges Dasein“ führen kann, wurde von *Schroeder* schon 1896 emphatisch gefordert:

„Da nun der Staat allen seinen Angehörigen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen verpflichtet ist und nicht nur das Dasein, ein rein physisches, tierisches Dasein [...]. So muss der Staat verhindern, dass seinen Angehörigen das Existenzminimum entzogen werde.“<sup>5</sup>

*Schroeder* fährt dann fort:

„Es ist dies nicht so schwer auch unbeschadet der Rechte Dritter; denn es giebt keine Rechte Dritter auf ein Existenzminimum! Ebenso wenig jemand ein Recht auf das Leben eines Mitmenschen erwerben kann, ebensowenig kann er – nach dem ungeschriebenen Gesetz der wirklichen Gerechtigkeit – ein Recht auf dessen menschenwürdiges Dasein, welches in untrennbarem, durch natürliche Gesetze bestimmten Kausalnexus mit dem Existenzminimum steht, erwerben. Das Existenzminimum muß unantastbar sein!“<sup>6</sup>

Der so gefundenen Begründungsspur gilt es nachzugehen. Dies führt allerdings auf gewundene Wege im Terrain der Pfändungsverbote. Man begegnet dort mehreren Besonderheiten.

Selten existieren Regelungskomplexe, die in ihrem geltenden Zustand einheitlich als nicht mehr zeitgemäß oder gar als antiquiert bewertet werden.<sup>7</sup> Es ist auch anderwärts kaum zu beobachten, dass Regelungen aus dem Jahr 1877 wörtlich unverändert noch im Jahr 2021 in Geltung standen, wie es bei § 811 Abs. 1 Nr. 9 ZPO a.F. der Fall war, der wörtlich § 715 Nr. 8 CPO entsprach.<sup>8</sup> Es stellt auch eine befremdliche Besonderheit dar, dass der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung des Pfändungsschutzes innerhalb der Forderungspfändung die Lohnpfändungsverordnung von 1940 durchgehend als Blaupause verwendet hat, ohne naheliegende Reformüberlegungen anzustellen.<sup>9</sup>

<sup>4</sup> *Pohl*, Klein Geld, 1880, S. 6f.

<sup>5</sup> *Schroeder*, Das Recht der Wirtschaft, 1896, S. 194.

<sup>6</sup> *Ders.*, Das Recht der Wirtschaft, 1896, S. 194.

<sup>7</sup> *Abrens*, NZI 2021, 531; *Bigge*, WzS 2010, 198, 201; *Flockenhaus*, in: Musielak/Voit (Hrsg.), Zivilprozessordnung, <sup>18</sup>2021, § 811 ZPO Rn. 1; *Glenk*, ZRP 2013, 232ff.; *HK-ZV/Kindl*, § 811 ZPO Rn. 6; *Wasser*, in: Czerwenka/Korte/Kübler (Hrsg.), Festschrift zu Ehren von Marie Luise Graf-Schlicker, 2018, S. 129f.; *Würdinger*, in: Stein/Jonas (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, <sup>23</sup>2017, § 811 ZPO Rn. 7; *Zimmermann*, ZInsO 2011, 2011, 2012. *Schmidt*, in: Drenseck/Seer (Hrsg.), Festschrift für Heinrich Wilhelm Kruse, 2001, S. 671, 679 stuft § 811 ZPO als „dringend einer redaktionellen Modernisierung“ bedürftig ein.

<sup>8</sup> RGBl. 1877, S. 214.

<sup>9</sup> So entspricht z. B. § 850a Nr. 1 ZPO exakt § 3 Nr. 1 der Lohnpfändungsverordnung 1940.

In weitere Untiefen geriet das Verständnis des Pfändungsschutzrechts an den Stellen, wo immer noch ein älteres Wirtschaftsmodell durchschimmerte. Das war evident, wenn etwa in § 811 Abs. 1 Nr. 3 Hs. 1 ZPO a. F. Pfändungsschutz gewährt wurde für „Kleintiere in beschränkter Zahl sowie eine Milchkuh oder nach Wahl des Schuldners statt einer solchen insgesamt zwei Schweine, Ziegen oder Schafe, wenn diese Tiere für die Ernährung des Schuldners, seiner Familie oder Hausangehörigen, die ihm im Haushalt, in der Landwirtschaft oder im Gewerbe helfen, erforderlich sind“. Dabei war die Hinzufügung der Schweine eine gesetzgeberische Reform aus dem Jahre 1939.<sup>10</sup>

Will man die im Pfändungsschutzrecht bestehende Gesetzeslage metaphorisch beschreiben, drängt sich das Bild von Eisschollen auf, die sich im Laufe der Zeit übereinander geschoben haben. Dies geht nicht ohne Knirschen und Verwerfungen ab. So sind – mit den Worten von *Brehm* – die Schuldnerschutzvorschriften der ZPO „eben unsystematisch“ und geprägt von „historischer Zufälligkeit“.<sup>11</sup>

Die allseits als unbefriedigend empfundene Gesetzeslage hat dazu herausgefordert, die Möglichkeiten der juristischen Methodenlehre bis an ihre Grenzen auszureizen. Da ist von eng auszulegenden Ausnahmevorschriften<sup>12</sup> die Rede, es wird die teleologische Reduktion<sup>13</sup> eingesetzt und daneben die teleologische Extension<sup>14</sup>, sowie die Analogie<sup>15</sup> etc.

---

Gleiches gilt für § 850b Abs. 1 Nr. 1 ZPO, der § 4 Nr. 1 der Lohnpfändungsverordnung 1940 entspricht. § 850f Abs. 1 Nr. 2 ZPO stimmt mit § 8 lit. a) der Lohnpfändungsverordnung 1940 überein. Zur Lohnpfändungsverordnung 1940 vgl. RGBl. I 1940, S. 1451 ff.

<sup>10</sup> RGBl. I 1939, S. 1313.

<sup>11</sup> *Brehm*, JZ 2005, 525, 527.

<sup>12</sup> Vgl. z. B. BGH, Besch. v. 21.12.2004, IXa ZB 228/03, NZM 2005, 192; *Gieseler*, JR 2006, 26; *Goldenberg*, Das bewegliche Vermögen des Schuldners in der Einzelzwangsvollstreckung und Gesamtvollstreckung, 2016, S. 84; *Gottwald/Mock/Gottwald*, § 765a ZPO Rn. 1; *Hilzinger*, in: *Dierck/Morvilius/Vollkommer* (Hrsg.), Handbuch Zwangsvollstreckungsrecht, 2016, 2. Teil, 3. Kapitel, Rn. 426; *Saenger/Kemper*, § 811 ZPO Rn. 1; *Kessal-Wulff/Lorenz/Els*, in: *Schuschke/Walker/Kessen u. a.* (Hrsg.), Vollstreckung und Vorläufiger Rechtsschutz, 2020, § 850 ZPO Rn. 11; *HK-ZV/Krone/Vierkötter*, Zwangsvollstreckung in IT-Güter Rn. 30.

<sup>13</sup> Vgl. z. B. BGH, Urt. v. 08.07.1993, IX ZR 116/92, NJW 1993, 2876, 2877; *MüKo-ZPO/Gruber*, § 811 ZPO Rn. 12; *Saenger/Kemper*, § 811 ZPO Rn. 35; *Ponzer*, Streitschrift für einen effektiven Gläubigerschutz beim Pflichtteil, 2018, S. 233; *Schilken*, in: *Rosenberg/Gaul/Schilken u. a.* (Hrsg.), Zwangsvollstreckungsrecht, 2010, § 52 Rn. 17; *Würdinger*, in: *Stein/Jonas* (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, 2017, § 850i ZPO Rn. 11.

<sup>14</sup> Vgl. z. B. AG Passau, Beschl. v. 07.05.2020, 4 M 1551/20, juris, Rn. 10; AG Köln, Urt. v. 11.10.2010, 142 C 441/10, juris, Rn. 21; *Abrens*, NJW 2020, 2752; *Prütting/Gehrlein/Abrens*, § 851c ZPO Rn. 5; *Els*, Rpfleger 2020, 752; *BeckOK-ZPO/Riedel*, § 850k ZPO Rn. 27a; *Würdinger*, in: *Stein/Jonas* (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, 2017, § 850k ZPO Rn. 41.

<sup>15</sup> Vgl. z. B. BGH, Beschl. v. 09.02.2012, VII ZB 49/10, NJW 2012, 1081, 1083; OLG Köln, Beschl. v. 28.10.1985, 2 W 153/85, NJW-RR 1986, 488; LG Mühlhausen, Beschl. v. 13.12.2012, 2 T 222/12, MMR 2013, 664, 665; AG Dorsten, Beschl. v. 18.01.2018, 6 M 457/17, ZVI 2018, 162, 163; AG Essen, Beschl. v. 25.03.1998, 31 M 888/89, DGVZ 1998, 94; *Berger*, Rpfleger

Während sich auf diese Weise alltagspraktische Probleme im Pfändungsschutzrecht einer Lösung zuführen lassen, bleibt eine Frage offen: Gibt es eine Möglichkeit dieses Konglomerat von Einzelregelungen, dessen Kohärenz sich nicht auf den ersten Blick erschließt, systematisch zu rekonstruieren?

Jeder Versuch einer Unifizierung setzt eine Leitidee voraus, die geeignet ist, ein System zu stiften. Diese Leitidee muss zugleich in der Wertungshierarchie fundamental sein. In der Diskussion um das geltende Pfändungsschutzrecht scheint hier und da der Gedanke auf, dass der Schutz des Existenzminimums auf Seiten des Schuldners aus Gründen der Menschenwürde als übergeordnetes Ordnungsprinzip in Frage kommen könnte. Mit den Worten des Bundesgerichtshofs:

„Die Pfändungsverbote [...] sind Ausfluss der in Art. 1 GG und Art. 2 GG garantierten Menschenwürde bzw. allgemeinen Handlungsfreiheit und enthalten eine Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzips (Art. 20 I, 28 I GG). Dem Schuldner und seinen Familienangehörigen soll durch sie die wirtschaftliche Existenz erhalten werden, um – unabhängig von Sozialhilfe – ein bescheidenes, der Würde des Menschen entsprechendes Leben führen zu können.“<sup>16</sup>

Damit kommt die Vision in den Blick, die schon in der Weimarer Reichsverfassung in Art. 151 angesprochen war:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Ob die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins in der Zwangsvollstreckung durch die existierenden Pfändungsverbote ausreichend und systematisch stimmig rekonstruierbar ist, bedarf der Überprüfung. Dies ist die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit.

## § 2: Methodische Orientierung

Der Gesetzgeber hat in einer Fülle von Einzelvorschriften Vollstreckungsschutz normiert. Diese Vorschriften konnten im Ursprungskontext nicht mit Blick auf das erst später als Leitidee erkannte Grundrecht der Sicherung des menschenwürdigen Daseins konzipiert werden. Dies führt zu der Frage, ob das

---

2002, 181, 185; *Flockenhaus*, in: Musielak/Voit (Hrsg.), Zivilprozessordnung, <sup>18</sup>2021, § 850 ZPO Rn. 8; *Homann*, DGVZ 2015, 45; *Kim*, Prozeßrechtlicher Schutz des Schuldners bei privatautonom begründeter Überschuldung, 1998, S. 70f.; *Stöber*, NJW 2007, 1242, 1245; *Wacke*, DGVZ 1986, 161, 164.

<sup>16</sup> BGH, Beschl. v. 16.06.2011, VII ZB 114/09, NJW-RR 2011, 1366, 1367; BGH, Beschl. v. 28.01.2010, VII ZB 16/09, NJW-RR 2010, 642, 643; BGH, Beschl. v. 19.03.2004, IXa ZB 321/03, NJW-RR 2004, 789, 790. So auch mit gleicher Argumentation zur Schutzrichtung BGH, Beschl. v. 26.06.2014, IX ZB 88/13, NJW-RR 2014, 1197, 1198.

vorliegende Recht des Vollstreckungsschutzes trotzdem als ausreichend für den nun erkannten Schutzzweck angesehen werden kann.

Um das zu prüfen, müssen alle Vollstreckungsschutzvorschriften mit Beziehung auf diesen Schutzzweck hin analysiert werden. Es geht dabei nicht um eine Kommentierung, sondern in erster Linie um eine Überprüfung in teleologischer Hinsicht mit Blick auf das Grundrecht der Sicherung eines menschenwürdigen Daseins. Anders als in einer Kommentierung muss dabei nicht jedes Auslegungsdetail betrachtet werden. Auch muss nicht die komplette Kasuistik entfaltet werden. Es ist aber unumgänglich, in exemplarischer Hinsicht einzelne konkrete Anwendungskonstellationen zur Veranschaulichung zu betrachten.

Zugleich ist zu überprüfen, ob die vorhandenen Einzelregelungen sich in Ansehung des übergeordneten Schutzzwecks als kohärentes System verstehen lassen. Wenn dabei konkrete Einzelsituationen betrachtet werden, dienen diese gewissermaßen als dogmatische Prüfsteine für die zu entwickelnden Thesen.

Ein weiterer Umstand verdient Beachtung. Im Recht des Vollstreckungsschutzes besteht die Besonderheit, dass im Jahre 2010 mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung und Modernisierung des Pfändungsschutzes (GNeuMoP) ein vollständiger Reformvorschlag für den Schutz des Schuldners in der Fahrnis- und in der Forderungsvollstreckung vorgelegt wurde.<sup>17</sup> Dieses Gesetzgebungsvorhaben wurde aber letztlich aufgrund des Ablaufs der Wahlperiode (Diskontinuität) nicht umgesetzt.<sup>18</sup>

Ein weiterer partieller Reformanlauf vor allem im Hinblick auf § 811 ZPO und das Pfändungsschutzkonto wurde mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Rechts des Pfändungsschutzkontos und zur Änderung von Vorschriften des Pfändungsschutzes (PKoFoG) unternommen.<sup>19</sup> Die in diesem Zusammenhang geäußerten Reformüberlegungen wurden aber nur teilweise umgesetzt. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz hat zwar konstatiert, dass § 811 ZPO „die aktuellen rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie gesellschaftliche Anschauungen teilweise nicht mehr ausreichend widerspiegelt“. Er hielt deswegen mit Blick darauf eine weitergehende Reform der Zivilprozessordnung für sinnvoll.<sup>20</sup>

Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Gerichtsvollziehern vor Gewalt sowie zur Änderung weiterer zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (GvSchuG) wurde § 811 ZPO schließlich mit Wirkung zum 01.01.2022 gänzlich neu konzipiert.<sup>21</sup>

---

<sup>17</sup> BT-Drs. 17/2167.

<sup>18</sup> Vgl. <https://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/247/24778.html> (geprüft am 12.09.2021).

<sup>19</sup> BT-Drs. 19/19850.

<sup>20</sup> BT-Drs. 19/23171, S. 29. Wenn im Folgenden vom PKoFoG die Rede ist, wird auch der Vorschlag zur Reform von § 811 ZPO in der Stellungnahme des Bundesrats herangezogen.

<sup>21</sup> BGBl. I 2021, S. 850, 851 f.



Es gilt, die Reformvorschläge und ihre Begründungen durchgehend in die Überlegungen einzubeziehen. Wenn so die Genese des geltenden Rechts unter Einbeziehung auch älterer Reformvorschläge in die Betrachtung integriert wird, geht es nicht um ein rechtshistorisches Nachzeichnen der Entwicklung. Vielmehr wird die Aufmerksamkeit auf die Frage gerichtet, ob die Reformansätze in der einen oder anderen Hinsicht argumentativ noch immer von Bedeutung sind und ob sie zum Verständnis der geltenden Rechtslage beitragen können. In gleichem Sinne wird der ein oder andere Seitenblick auf Regelungen in anderen europäischen Ländern geworfen, wenn diese heuristischen Wert haben. Dies war im Übrigen auch der Ansatz des CPO-Gesetzgebers, der die von ihm vorgesehenen Pfändungsbeschränkungen gedanklich mit den „bestehenden Rechten“ in Beziehung setzte und konstatierte, dass „die aufgestellten Beschränkungen der Pfändung [...] ohne erhebliche Aenderungen bestehenden Rechten“ entsprächen.<sup>22</sup>

Wer der Frage nach dem Recht auf ein menschenwürdiges Dasein in der Einzelzwangsvollstreckung nachgehen will, bewegt sich zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite steht ein Schutzkonzept. Auf der anderen Seite stehen vielfältige Einzelregelungen. Für die Beurteilung dieser Einzelregelungen muss zunächst das Schutzkonzept entfaltet werden. Im Anschluss daran können die Einzelregelungen mit Bezug darauf durchgemustert werden. Angesichts der granularen Strukturierung der Pfändungsschutzvorschriften lassen sich dabei Wiederholungen nicht vermeiden. Die dadurch notwendigerweise entstehende Monotonie hat aber gleichzeitig den Charakter, dass sich so die Hypothese – im günstigsten Falle – jeweils bestätigt. Gleiches gilt übrigens terminologisch dafür, dass immer wieder vom Recht auf ein menschenwürdiges Dasein die Rede sein muss.

---

<sup>22</sup> *Hahn*, Die gesamten Materialien zur Civilprozeßordnung und dem Einführungs-gesetz zu derselben vom 30. Januar 1877, <sup>1</sup>1881, S. 453.

## Kapitel 2

# Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

### § 1: Die Ausformung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Das Grundgesetz sieht ein allgemeines Grundrecht auf Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums nicht ausdrücklich vor.<sup>1</sup> Zwar hat der Ausschuss für Grundsatzfragen des Parlamentarischen Rates vorgeschlagen, explizit ein Recht auf ein Mindestmaß an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu garantieren.<sup>2</sup> Eine solche Bestimmung ist aber nicht in das Grundgesetz aufgenommen worden. Erst schrittweise hat das Bundesverfassungsgericht ein entsprechendes Grundrecht entwickelt.

Das Bundesverfassungsgericht war im Jahre 1951 zunächst der Auffassung, dass der Grundgedanke der Grundrechte der Schutz des Einzelnen gegen den allmächtig und willkürlich gedachten Staat sei, nicht aber die Verleihung von Ansprüchen des Einzelnen auf Fürsorge durch den Staat.<sup>3</sup> Damit sei aber nicht gesagt, dass der Einzelne überhaupt kein verfassungsmäßiges Recht auf Fürsorge habe. In Art. 20 Abs. 1 GG sei ein Bekenntnis zum Sozialstaat verankert, welches bei der Auslegung des Grundgesetzes und bei der Auslegung anderer Gesetze von entscheidender Bedeutung sein könne. Allerdings könne das Wesentliche zur Verwirklichung des Sozialstaates nur der Gesetzgeber tun, der verfassungsrechtlich zu sozialer Aktivität, insbesondere dazu verpflichtet sei, sich um einen erträglichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen und um die Herstellung erträglicher Lebensbedingungen zu bemühen. Wenn der Gesetzgeber diese Pflicht willkürlich verletze, könne möglicherweise ein mittels einer Verfassungsbeschwerde verfolgbare Anspruch des Einzelnen gegeben sein.<sup>4</sup>

1975 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Fürsorge für Hilfsbedürftige zu den selbstverständlichen Pflichten eines Sozialstaates zähle. Dazu gehöre notwendig die soziale Hilfe für Mitbürger, die wegen körperlicher oder

---

<sup>1</sup> *Martínez Soria*, JZ 2005, 644.

<sup>2</sup> *Deutscher Bundestag/Bundesarchiv*, Der Parlamentarische Rat 1948–1949, 1993, 782f.

<sup>3</sup> BVerfG, Urt. v. 19.12.1951, 1 BvR 220/51, BVerfGE 1, 97, 104.

<sup>4</sup> BVerfG, Urt. v. 19.12.1951, 1 BvR 220/51, BVerfGE 1, 97, 105.

geistiger Gebrechen an ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung gehindert und außerstande seien, sich selbst zu unterhalten. Es bestünde eine Pflicht der staatlichen Gemeinschaft diesen Personen jedenfalls die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein zu sichern und sich zu bemühen, sie – soweit wie möglich – in die Gesellschaft zu integrieren.<sup>5</sup> Diese Entscheidung wird bereits als eine erste Andeutung der verfassungsrechtlichen Sicherung des Existenzminimums angesehen.<sup>6</sup>

Im Jahr 1977 bejahte das Bundesverfassungsgericht dann, dass aus Art. 1 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG die Verpflichtung des Staates folge, jenes Existenzminimum zu gewährleisten, welches ein menschenwürdiges Dasein überhaupt erst ausmache.<sup>7</sup> Nicht entschieden war damit die Frage, ob mit dieser Verpflichtung des Staates ein Grundrecht des Einzelnen korrespondiert. Noch 1987 ließ das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich offen, ob Art. 1 Abs. 1 GG ein Grundrecht des Einzelnen auf eine gesetzliche Regelung von Ansprüchen auf angemessene Versorgung begründen könne.<sup>8</sup>

Erst 1990 judizierte das Bundesverfassungsgericht, dass Art. 1 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG und Art. 6 Abs. 1 GG ein verfassungsrechtliches Gebot dahingehend zu entnehmen sei, dass der Staat dem Bürger die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein zu sichern habe.<sup>9</sup> Erstmals hat das Bundesverfassungsgericht damit ein subjektives Abwehrrecht auf einkommenssteuerrechtliche Verschonung des Existenzminimums mindestens in Höhe der sozialrechtlich gewährten Existenzsicherung geschaffen.<sup>10</sup>

In den folgenden Jahren finden sich beim Bundesverfassungsgericht immer wieder Andeutungen in Richtung eines Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, ohne dass explizit von einem Grundrecht gesprochen wird. So hat das Bundesverfassungsgericht 2008 – unter Bezugnahme auf die Entscheidung aus dem Jahre 1990 – fundamentaler das Prinzip begründet, nach dem der Staat das Einkommen insoweit steuerfrei stellen muss, als es der Bürger zur Schaffung der Mindestvoraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins für sich und seine Familie benötigt. Lokalisiert wurde das Prinzip der Steuerfreiheit des Existenzminimums in dem „Grundgedanken der Subsidiarität, wonach Eigenversorgung Vorrang vor staatlicher Fürsorge hat“.<sup>11</sup> Im Jahr 2009 judizierte das Bundesverfassungsgericht, dass die Existenzsicherung des Ein-

<sup>5</sup> BVerfG, Urt. v. 18.06.1975, 1 BvL 4/74, BVerfGE 40, 121, 133.

<sup>6</sup> Dreier, in: ders. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, <sup>3</sup>2013, Art. 1 Abs. 1 GG Rn. 155 (Fn. 663).

<sup>7</sup> BVerfG, Urt. v. 21.06.1977, 1 BvL 14/76, BVerfGE 45, 187, 228.

<sup>8</sup> BVerfG, Urt. v. 20.05.1987, 1 BvR 762/85, BVerfGE 75, 348, 360.

<sup>9</sup> BVerfG, Urt. v. 29.05.1990, 1 BvL 20/84 (u. a.), BVerfGE 82, 60, 85.

<sup>10</sup> Seiler, JZ 2010, 500, 503; Dreier, in: ders. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, <sup>3</sup>2013, Art. 1 Abs. 1 GG Rn. 155 (Fn. 663) spricht von einer impliziten Anerkennung.

<sup>11</sup> BVerfG, Beschl. v. 13.02.2008, 2 BvL 1/06, BVerfGE 120, 125, 154.

zelenen nicht nur im Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG wurzele, sondern gleichermaßen eine in Art. 1 Abs. 1 GG verankerte Staatsaufgabe sei.<sup>12</sup>

Im Jahr 2010 wurde das bisher implizit Angedeutete explizit benannt: Das Bundesverfassungsgericht bezeichnete die verfassungsrechtliche Garantie des Existenzminimums erstmals ausdrücklich als Grundrecht.<sup>13</sup> Das Echo auf diese Entscheidung war vielstimmig. Es war umstritten, ob das Bundesverfassungsgericht von einem neuen Grundrecht<sup>14</sup>, von einem erstmals in dieser Deutlichkeit benannten Grundrecht<sup>15</sup>, von der bloßen Präzisierung des Gehalts eines bereits anerkannten Grundrechts<sup>16</sup> oder von der Subjektivierung einer bisher lediglich objektivrechtlichen Gewähr<sup>17</sup> ausging. Es wurde die These vertreten, es handele sich um eine bloße Fortwicklung der bisherigen Rechtsprechung.<sup>18</sup> Das Grundrecht sei einem bestimmten Verständnis nach nicht ganz neu,<sup>19</sup> nach einem anderen Verständnis neu.<sup>20</sup> Gemeinsam ist allen diesen Einschätzungen, dass von nun an der Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als Grundrecht anerkannt war.

## § 2: Reichweite

Es ist ungeklärt, wie weit das Existenzminimum reicht. Der Begriff „Existenzminimum“ wird als inhaltlich weitgehend unklar bezeichnet.<sup>21</sup> Deshalb ist es unumgänglich, die einzelnen inhaltlichen Facetten zu beschreiben, die herangezogen werden, um dem Begriff des Existenzminimums Konturen zu verleihen.

<sup>12</sup> BVerfG, Urt. v. 30.06.2009, 2 BvE 2, 5/08 (u. a.), BVerfGE 123, 267, 363.

<sup>13</sup> BVerfG, Urt. v. 09.02.2010, 1 BvL 1/09 (u. a.), BVerfGE 125, 175, 221 f.; so auch *Aubel*, in: Emmenegger/Wiedmann (Hrsg.), *Linien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts*, 2011, S. 273, 275. An dieser Qualifizierung hält das Bundesverfassungsgericht weiter fest, vgl. z. B. BVerfG, Urt. v. 18.07.2012, 1 BvL 10/10 (u. a.), NVwZ 2012, 1024, 1025.

<sup>14</sup> So *Fahlbusch*, NDV 2010, 101, 102; *Lenze*, Hartz IV Regelsätze und gesellschaftliche Teilhabe, 2010, S. 4; *Neumann*, vorgänge 2010, 102, 103; *Schnath*, NZS 2010, 297, 298; *Vogt*, SRa 2010, 93.

<sup>15</sup> *Schärdel*, in: Franzius/Lejeune/Lewinski u. a. (Hrsg.), *Beharren. Bewegen.*, 2013, S. 175, 178.

<sup>16</sup> So *Aubel*, in: Emmenegger/Wiedmann (Hrsg.), *Linien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts*, 2011, S. 273, 274 f.; *Hohm*, ZFSH SGB 2010, 269, 271; *Zivier*, RuP 2010, 65.

<sup>17</sup> *Kempny/Krüger*, SGB 2013, 384; *Rixen*, Sozialrecht aktuell 2010, 81 f.

<sup>18</sup> *Mahler*, AnwBl 2013, 245, 247.

<sup>19</sup> *Wrackmeyer-Schoene*, in: Flint (Hrsg.), SGB XII, 72020, § 28 SGB XII Rn. 3.

<sup>20</sup> *Axer*, in: Anderheiden/Keil/Kirste u. a. (Hrsg.), *Verfassungsvoraussetzungen*, 2013, S. 335, 338 f.

<sup>21</sup> *Horner*, Das Asylbewerberleistungsgesetz, die Verfassung und das Existenzminimum, 2001, S. 142; *Schmidt-Liebig*, BB 1992, 107.

## A. Inhaltliche Facetten

Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum umfasst eine große Bandbreite an grundrechtlichen Gewährleistungen. So sichert es zunächst das physische Existenzminimum des Menschen. Dazu gehören Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit.<sup>22</sup> In diesem Zusammenhang kann das gesundheitliche<sup>23</sup> bzw. medizinische<sup>24</sup> Existenzminimum in die Kategorie „Gesundheit“ eingeordnet werden. Damit verwandt ist das Konzept eines ökologischen Existenzminimums, das dem Staat aufgibt, dafür zu sorgen, dass diejenigen Umweltbedingungen bestehen bleiben, die für das menschliche Leben und die menschliche Gesundheit notwendig sind.<sup>25</sup> Weiter ist der Bereich des wirtschaftlichen Existenzminimums.<sup>26</sup> Darunter wird verstanden, dass zunächst die Möglichkeit gegeben sein muss, das zum eigenen Lebensunterhalt unbedingt Notwendige zu erlangen<sup>27</sup> und dauerhaft so viel zu behalten, dass der notwendige Lebensunterhalt bestritten werden kann<sup>28</sup>.

Hinzu kommt das sog. soziokulturelle Existenzminimum,<sup>29</sup> das die Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und – in einem Min-

<sup>22</sup> BVerfG, Urt. v. 18.07.2012, 1 BvL 10/10 (u. a.), BVerfGE 132, 134, 160; BVerfG, Urt. v. 09.02.2010, 1 BvL 1/09 (u. a.), BVerfGE 125, 175, 223; *Kaiser-Plessow*, FPR 2005, 479. Insofern wird auch von sächlichem Existenzminimum gesprochen: BVerfG, Beschl. v. 13.02.2008, 2 BvL 1/06, BVerfGE 120, 125, 155.

<sup>23</sup> *Rixen*, NVwZ 2015, 1640, 1643; *Schnath*, NZS 2010, 297, 301; *Vosteen*, Rationierung im Gesundheitswesen und Patientenschutz, 2001, S. 266.

<sup>24</sup> Vgl. *Hamdorf*, in: Flint (Hrsg.), SGB XII, <sup>7</sup>2020, § 48 SGB XII Rn. 50ff.; *Neumann*, NZS 2006, 393, 393ff.; *Ulrich*, Finanzierungslücken bei medizinischen Innovationen?, 2013, S. 71.

<sup>25</sup> *Ekaradt/Steffenhagen*, NuR 2010, 705, 710; BeckOK-GG/*Huster/Rux*, Art. 20a GG Rn. 7; *Murswiek/Rixen*, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz, <sup>9</sup>2021, Art. 2 GG Rn. 227; *Rupp*, JZ 1971, 401, 402; zweifelnd *Vofskuhle*, NVwZ 2013, 1, 6. Das Bundesverfassungsgericht hat die Frage nach der Existenz eines derartigen Grundrechts noch offen gelassen, vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021, 1 BvR 2656/18 (u. a.), NJW 2021, 1723, 1727.

<sup>26</sup> BVerfG, Urt. v. 10.03.1992, 1 BvR 454/91 (u. a.), BVerfGE 85, 360, 383; BVerfG, Urt. v. 24.04.1991, 1 BvR 1341/90, BVerfGE 84, 133, 158; *Leisner*, Existenzsicherung im Öffentlichen Recht, 2007, S. 434f. Teilweise wird auch von ökonomischem Existenzminimum gesprochen, VGH München, Beschl. v. 20.09.2018, 3 ZB 15.763, juris, Rn. 32.

<sup>27</sup> BVerfG, Urt. v. 01.02.2007, 1 C 24/06, NVwZ 2007, 590, 591; BVerfG, Beschl. v. 17.05.2006, 1 B 100.05, juris, Rn. 11; BVerfG, Beschl. v. 09.01.1998, 9 B 1130.97, juris, Rn. 5.

<sup>28</sup> *Hofmann*, in: Hofmann/Henneke (Hrsg.), GG Kommentar zum Grundgesetz, <sup>14</sup>2018, Art. 1 GG Rn. 40.

<sup>29</sup> *Seiler*, JZ 2010, 500, 501. Das Bundesverfassungsgericht verwendet den Begriff des „soziokulturellen Existenzminimums“ nicht (vgl. *Aubel*, in: Emmenegger/Wiedmann (Hrsg.), Linien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, 2011, S. 273, 280; *Axer*, in: Anderheiden/Keil/Kirste u. a. (Hrsg.), Verfassungsvoraussetzungen, 2013, S. 335, 344; *Lang*, in: Höfling (Hrsg.), Kommentierte Verfassungsrechtsdogmatik, 2011, S. 309, 321; *Rixen*, Sozialrecht aktuell 2010, 81, 83; *Spellbrink*, in: Bender/Eicher (Hrsg.), Sozialrecht – eine Terra incognita, 2009, S. 25, 36). Der Begriff taucht jedoch vielfach in Rechtsprechung (BSG, Urt. v. 17.04.2018, B 4 AS 350/17 B, juris, Rn. 7; BGH, Urt. v. 13.10.2011, VII ZB 7/11, DGVZ 2012, 11, 12; LSG Hessen, Urt. v. 18.12.2013, L 4 AY 16/13 B ER, juris, Rn. 11; SG Düsseldorf, Urt.

## Stichwortregister

- Absolut unpfändbare Bezüge 235
- Affektionsinteresse 11, 172, 177, 181, 217
- Ähnlichkeitsdenken 40
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 25
- Altersrente 303
- Analogie
  - Ausnahmegvorschriften 55
  - Gesetzesvorbehalt 56
  - Voraussetzungen 57
- Anfechtung 79, 229
- Ansparphase 306
- Ansparschutz 294
- Antragserfordernis
  - § 765a ZPO 331
  - § 850f Abs. 1 ZPO 277
  - § 850i Abs. 1 ZPO 288
  - § 850k ZPO a.F. 292
- Antragsverhältnis 33
- Apotheke 157
- Arbeitsanreiz 12, 41
- Arbeitseinkommen 234
- Aufwandsentschädigung 244
- Ausbildung 165
- Auslegung
  - Ausnahmegvorschriften 54
  - Wortlautgrenze 60, 174
  - zeitgemäße 60
- Ausnahmegvorschriften 184, 327
  - Analogiefähigkeit 55
  - Auslegung 54
- Ausstrahlungswirkung der Grundrechte 24, 61, 347
- Austauschpfändung 92
- Ausübungsverzicht 105
- Auszahlungsphase 306
- Auto *Siehe* Pkw
  
- Bargeld 153
- Bedarfsgemeinschaft 275
- Bedingt pfändbare Bezüge 259
  
- Beleuchtungsmittel 128, 130
- Bergmannsmarke 181
- Berufsfreiheit 25
- Beschränkt pfändbare Forderungen 313
- Bestattungsgegenstand 194
- Bestattungshandlung
  - Schutz vor Störungen 196
- Bestimmtheitsgrundsatz 157
- Beziehung
  - ideelle 11, 25, 172, 179, 181, 217
- Bezüge
  - absolut unpfändbare 235
  - bedingt pfändbare 259
- Billige Nachsicht 1, 45
- Blindenzulage 257
- Bücher
  - Kirche 162
  - Schule 162
  
- Corona 218
  
- Datenträger 173
- Debitorisches Konto 299
- Dienstausrüstung 150
- Dienstkleidung 150
- Dignified subsistence 351
- Doppelzweck 159, 302
- Dreiecksverhältnis 17, 20, 23, 33, 35, 39
- Drittwiderrspruchsklage 27, 71, 88
- Duplikat 179
  
- Ehering *Siehe* Trauring
- Ehrenzeichen 172, 177, 181
- Eigentum 12, 25, 26, 30, 39, 47, 48, 50, 116, 125, 232, 304
- Eigentumsvorbehalt 87, 210
- Eingriffsverhältnis 33
- Einrichtungen
  - zu Wohnzwecken 124
- Entgelt für Arbeitsmaterial 245

- Erbe *Siehe* Hinterbliebenenschutz  
 Erinnerungsstück 183  
 Erschwerniszulage 245  
 Erwerbsphase 307  
 Erwerbstätigkeit 140, 165  
 – kapitalistische Arbeitsweise 141, 144  
 – persönliche Leistung 141  
 – Tiere 134, 221  
 Erziehungsgeld 252
- Familienfotos 174  
 Familienpapiere 172, 174, 181  
 Familienschutz 67, 121, 130, 133  
 Feiertagsarbeit 245  
 Fernsehgerät 119, 228  
 Feuerungsmittel 128, 130  
 Forderung aus unerlaubter Handlung 282  
 Forderungen  
 – absolut unpfändbare 235  
 – bedingt pfändbare 259  
 – beschränkt pfändbare 313  
 Fortbildung 165  
 Fortführung der Erwerbstätigkeit des Erblassers 146  
 Fortlaufende Einkünfte aus Stiftungen 261
- Gartenhaus 124  
 Gartenzwerg 182  
 Gebetsteppich 167  
 Geburtsbeihilfe 250  
 Gefahrenzulage 245  
 Geldrenten wegen Körperverletzung 259  
 Generalklausel 328  
 Geschäftsbuch 171, 180  
 Gesetzesvorbehalt 56, 212  
 Gesundheitsschutz für die Allgemeinheit 158  
 Gewahrsamsvermutung 69  
 Gleichheitssatz 124, 147, 191  
 Gnadenbezüge 254  
 Grabstein 197  
 Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum  
 – Ausprägung in Teilrechtsgebieten 40  
 – Bereichsspezifische Konkretisierungen 14
- Dogmatische Einordnung 12, 19  
 – Dreiecksverhältnis 35  
 – Inhaltliche Facetten 10  
 – Rechtsprechung des BVerfG 7  
 – Terminologie 18  
 Grundrechte  
 – Auflösung der Kollision 29  
 – Dritte 27  
 – Familienangehörige 27  
 – Gläubiger 26, 30  
 – Schuldner 24
- Härteklausel 273, 327  
 – Antragserfordernis 277  
 Haushalt des Schuldners 118  
 Haushaltsenergie 130  
 Haushaltsgegenstände 122  
 Haushaltsmitgliederschutz 74  
 Haushaltungsbuch 171, 180  
 Häuslicher Bereich 220  
 Hausrat 120  
 Heiratsbeihilfe 250  
 Herausgabeanspruch auf eine bewegliche Sache 225  
 Herausgabevollstreckung 323  
 Hilfsmittel  
 – körperliche 183  
 Hinterbliebenenbezüge 253  
 Hinterbliebenenschutz 146
- Ideelle Beziehung 11, 25, 172, 179, 181, 217  
 Informationsfreiheit 25, 120  
 Informationelle Selbstbestimmung 336  
 Insolvenz 136, 158, 202  
 Interessen  
 – gesamtstaatliche 32
- Juristische Personen 75  
 Justizgewährungsanspruch 27, 39, 47
- Kahlpfändung 46, 146, 289  
 Kleine Münze 351  
 Kleintiere 134  
 Konstitutionalisierung des Verfahrensrechts 347  
 Konto  
 – debitorisches 299

- Kontoauszüge 336  
 Körperliche Hilfsmittel 183  
 Kraftfahrzeug *Siehe* Pkw  
 Kruzifix 167  
 Kultusgegenstand 166
- Landwirt 134, 143, 301  
 Landwirtschaftliche Arbeitnehmer 139  
 Lebenspartnerschaft *Siehe* Hinterbliebenenschutz  
 Lebens- und Haushaltsführung 129  
 Lehrmittel 165  
 Lernbehelf 165  
 Lohnabstandsgebot 265, 290
- Mehrarbeitsstundenvergütung 236  
 Menora 167  
 Metapher  
 – Geben und Nehmen 36, 40, 47  
 – Kahlpfändung 46, 146, 289  
 Mieteinnahmen 286, 303  
 Milchkuh 3, 228  
 Mittelbare Drittwirkung der Grundrechte 16, 24, 38
- Nachsicht, billige 1, 45  
 Nacharbeit 245  
 Nahrungsmittel 128  
 Nebeneinkommen 235  
 Nebentätigkeit in der Freizeit 285  
 Nicht übertragbare Forderungen 258
- Obdachlosigkeit 124  
 Orden 172, 177, 181
- Pachteinnahmen 286, 303  
 Personengesellschaften 75  
 Pfändungsgrenzen für Arbeitseinkommen 265  
 – Höchstbetrag 269  
 – Pfandfreier Grundbetrag 265  
 – Pfandfreier Mehrbetrag 267  
 Pfändungsschutzkonto 292  
 Pfändungsverbote  
 – Ausnahmevorschriften 54  
 – Reichweite 66  
 Pflichtteilsanspruch 313  
 Pietät 196, 204  
 – ungeschriebenes Pfändungsverbot 211
- Pkw 184  
 Praktische Konkordanz 29
- Rechtsmissbrauch 51  
 Rechtsreflex 38, 49  
 Regelbeispieltechnik 193  
 Religionsfreiheit 11, 25, 168  
 Rollenmodell 33  
 Rundfunkgerät 119
- Schaf 3  
 Schenkung 286, 313  
 Schmutzzulage 245  
 Schonvermögen 41, 189  
 Schutz vor Veräußerung durch Unkundige 157  
 Schwein 3  
 Schweine 134  
 Selbstversorger 132  
 Sicherung der Arbeitsmöglichkeit  
 – Apotheker 159  
 – Landwirt 137  
 Sicherungseigentum 91  
 Sittenwidrige Härte 332  
 – drohende Obdachlosigkeit 126  
 – Sozialhilfe 332  
 Sonntagsarbeit 245  
 Sonstige Einkünfte 284  
 souvenirs à caractère personnel 182, 183  
 Soziale Zulage für auswärtige Beschäftigung 244  
 Steinmetz 210, 212  
 Sterbebezüge 253  
 Studienbeihilfe 252  
 Subsidiarität 8, 44  
 Subsistenz 136, 263, 294, 350  
 Surrogate 131, 135  
 Systematik  
 – Oberbegriffe 122, 134, 194
- Tiere 214  
 – Erwerbszweck 134, 221  
 Tierschutz 215, 219  
 Totenruhe 195  
 Trauring 172, 175, 181  
 Treugelder 240  
 Treu und Glauben 15, 89, 210



- Übergesetzliche Pfändungsverbote *Siehe*  
   Verfassungsunmittelbarer Pfändungs-  
   schutz  
 Unterhaltsansprüche 271  
 Unterhaltspflicht  
   – faktische 274  
   – gesetzliche 274, 277  
 Unterhaltsrente 261  
 Unterstützungsbezüge 262  
 Unverletzlichkeit der Wohnung 25, 124  
 Urlaubsabgeltungsanspruch 239  
 Urlaubsentgelt 239  
 Urlaubsgeld 239  
  
 Veräußerungsverbot 209  
 Verfassungsunmittelbarer Pfändungs-  
   schutz 84  
 Verhaltenssteuerung 35  
 Verletztenrente 259  
 Verlobungsring 175  
 Versorgungsinteresse der Allgemein-  
   heit 136, 161  
 Vertragsgerechtigkeit 50  
 Verzicht  
   – § 765a ZPO 329  
   – § 811 ZPO 100  
   – §§ 850 ff. ZPO 231  
 Vollstreckungserinnerung 334  
 Vollstreckungsverhältnis 33  
 Vorbehalt des Gesetzes *Siehe* Gesetzes-  
   vorbehalt  
 Vorwegpfändung 62  
  
 Weihnachtsvergütung 248  
 Wertgrenze  
   – Kultusgegenstand 169  
   – Tiere 215, 222  
 Wesentlichkeitsgrundsatz 320  
 Witwe(r) *Siehe* Hinterbliebenenschutz  
 Wohnlaube 124  
 Wohnzwecken dienende Einrichtun-  
   gen 124  
 Wortlautgrenze 60, 174  
  
 Zeitpunkt  
   – Pfändungsverbote 61  
 Ziege 3  
 Zugewinnausgleich 313  
 Zwangsvollstreckung  
   – aus Duldungstiteln 79  
   – Rolle des Gläubigers 33  
   – Rolle des Schuldners 33  
   – Rolle des Staates 34  
   – Stereotype 34  
   – wegen Geldforderungen in andere  
   Vermögensrechte 317  
   – wegen Geldforderungen in Ansprüche  
   auf Herausgabe oder Leistung  
   beweglicher körperlicher Sachen 225  
   – wegen Geldforderungen in Forderun-  
   gen 231  
   – wegen Geldforderungen in körperliche  
   Sachen 53  
   – zur Erwirkung der Herausgabe von  
   Sachen 323